



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zukunft der nationalliberalen Partei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Zukunft der nationalliberalen Partei



ie Aussichten der nationalliberalen Partei bei neuen Reichstagswahlen sind — wie Herr von Bennigsen eingestanden hat — schlecht, und seine berühmte Rede hat sie nicht verbessert. Indem er der Regierung vor der Reichstagsauflösung bange zu machen versuchte, hat er ihr gezeigt, wie sehr die von ihm geleitete Partei diese Auflösung zu scheuen hat, ohne daß es ihm geglückt wäre, in das wundervolle Selbstvertrauen, mit dem Graf Caprivi einem so wichtigen Ereignis entgegengeht, Bresche zu legen. Einen Nutzen für die Partei hat die Rede nicht gehabt, ebenso wenig das dem Regierungsentwurf so weit entgegenkommende Angebot einer Heeresverstärkung; formale Anerkennung des gut disponirenden Redners von seiten einiger Gegner — das war alles. Es würde nicht schwer sein, in der Geschichte der nationalliberalen Partei während der letzten zwanzig Jahre ähnliche Erfolge zu entdecken, aber persönliche Angriffe sind nicht der Zweck dieser Zeilen; es genügt festzustellen, daß der gegenwärtige Führer der Partei mit der gegenwärtig befolgten Politik in dem bevorstehenden Wahlkampf eine Niederlage voraussieht.

Auch den Geführten in der Partei scheint diese Aussicht ziemlich deutlich geworden zu sein, denn es heißt, auf einem Parteitage im Mai solle das „Programm revidirt“ werden, was, ins Deutsche übersetzt, bekanntlich so viel besagen will, wie daß man nicht mehr zweifelt, sich auf einem Holzwege zu befinden.

Es ist wirklich rührend, heutzutage von der Abänderung einiger Sätze in der gedruckten Parteiverfassung eine Wirkung auf die Wähler zu erwarten. Man gehe doch einmal in eine Volksversammlung, sei es auch eine sozialdemokratische oder eine antisemitische: ist da schon jemals der nationalliberalen Partei ihr Programm zum Vorwurf gemacht worden? Man höre doch nur hin, was da gesagt wird, es klingt nicht angenehm; aber wenn man das Volk beeinflussen will, muß man doch zuvörderst wissen, was es verlangt. Also nicht ihr Programm hat man den nationalliberalen Reichstagsmitgliedern vorgeworfen, sondern ihre Taktik: Abfall vom Programm, Rückgratlosigkeit, Schwäche gegen die Regierung, Kompromißsucht, Ausbeutung der Parteistellung für die persönlichen Zwecke der Führer, Mißachtung der Volkswünsche, Mangel an Fühlung mit den Wählern.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob alle diese Vorwürfe zutreffen, denn wir möchten nicht in der Vergangenheit wühlen, sondern eine bessere Zukunft vorbereiten helfen. Nur das zu betonen ist unerläßlich, daß das Volk mit seinem Tadel in richtigem Gefühl den wunden Punkt in dem Verhalten der Partei getroffen hat. Also wenn die leitenden Persönlichkeiten überhaupt

noch einen Aufschwung der Partei anstreben, wenn sie nicht dazu zu alt oder durch die Gewohnheit der Mißerfolge abgestumpft sind, so muß eine Änderung hier einsetzen: in der Taktik.

Nach von dieser Einsicht sind bereits hie und da Spuren zu bemerken. Allmählich muß es ja auch selbst dem Schwerfälligsten durch die Häufung übler Erfahrungen klar geworden sein, daß der Gedanke, der so lange die Abstimmungen der Partei im Reichstage beherrscht hat: „Besser ein schlechtes Gesetz als gar keins,“ wirklich der unzweckmäßigste von allen ist. Die Stärke des Reichs liegt doch nicht in der Zahl der angenommenen Gesetze, sondern darin, daß die verschiednen deutschen Stämme ihre Zusammenfassung zur Einheit, wie sie sich praktisch in den gemeinsamen Gesetzen ausdrückt, als Wohlthat, als Verbesserung gegen früher empfinden. Aber das geschieht nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. In Hannover, in Hessen, in Baiern, in Mecklenburg, überall bröckelt es, und ohne die Bedrohung durch äußere Feinde würde diese partikularistische Bewegung noch viel mächtiger sein. Und so läßt sich denn leider nicht leugnen, daß die nationalliberale Partei durch ihre rücksichtslose Zustimmung zu den allerbedenklichsten Gesetzen — nur um „etwas“ zu stande zu bringen — dem Grundgedanken ihres Daseins, dem Gedanken der nationalen Einheit, entschieden Abbruch gethan hat.

Wie viele von den Wählern z. B., die im Jahre 1874 die hundertfünfzig nationalliberalen Abgeordneten in den Reichstag entsandten, mögen wohl erbaut gewesen sein von dem Geschenk des Anwaltzwangs, das ihnen ihre Vertreter im Dezember 1876 als Krönung einer für den Nichtjuristen völlig unbrauchbaren Prozeßordnung mit nach Hause brachten? Und wie hoch wird sich wohl die Zahl derer belaufen, die dem Gerichtskostengesetz, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und den übrigen Vorrechten, mit denen der Anwaltsstand in prozeßualer wie in strafrechtlicher Hinsicht ausgestattet worden ist, ihren Beifall schenken? Seit der Annahme der sogenannten Justizgesetze ging es denn auch abwärts mit der Partei: im Januar 1877 kehrten von hundertfünfzig Abgeordneten nur fünf Sechstel wieder; 1878 waren es wiederum dreißig weniger; 1881 fiel die Ziffer auf fünfundsiebzig, 1884 auf fünfzig. Das Kartell verdoppelte diese Zahl; als das Volk aber bemerkte, daß die nationalgesinnte Mehrheit nicht die geringsten Anstalten machte, seine Bedürfnisse in der gehofften Weise zu vertreten, ließ es ein so unfruchtbares Kartell fallen und wählte im Jahre 1890 einen Reichstag, in dem die Ziffer der nationalliberalen und der konservativen Gruppen von zweihundertzwanzig auf hundertdreißig herunterging. Eine wohlverdiente Lehre!

Aber die Haltung Bennisens bei der Heeresvorlage zeigt nicht, daß sie beherzigt wird. Alle diese Thatfachen sind bekannt; es ist bekannt, daß ihre gehorsam sich unterordnende Haltung die Partei zu ihrer jetzigen kläglichen Stellung geführt hat, und dennoch wird auf diesem Wege weiter gegangen. Man nennt das Patriotismus, Selbstlosigkeit; es ist aber keineswegs patriotisch, wenn eine Partei, die den nationalen Gedanken auf ihre Fahne geschrieben hat, sich selbst zu Grunde richtet, es ist höchstens ein psychologisch interessantes Beispiel, daß selbst bei übrigens begabten Männern die parlamentarische Gewohnheit mächtiger sein kann als das eigne Interesse. Das Interesse der Partei gebot jetzt völlige Zurückhaltung der Regierung gegenüber; als Partei der Minderheit hatten die Nationalliberalen auch nach parlamentarischem Brauch nicht die geringste Verpflichtung, dem Reichskanzler

ein Anerbieten zu machen, ein Anerbieten, das ja überdies ein reines Luftgebilde war, da die Zusammenfügung des Reichstags seine Annahme von vornherein unglaublich erscheinen ließ. Wozu also dieses Entgegenkommen? Die Behandlung, die Graf Caprivi der nationalliberalen Partei bisher hat zuteil werden lassen, ist nicht derart gewesen, daß man ihm einen Akt der Höflichkeit geschuldet hätte; die Form, in der er das Anerbieten ablehnte, so verlegend wie nur möglich, zeigte denn auch hinlänglich, wie verfehlt es gewesen war.

Hat die Betrachtung der Geschichte der nationalliberalen Partei gezeigt, welche Fehler künftig zu meiden sind, so genügt ein Blick auf die jetzt maßgebenden Parteien, um deutlich zu erkennen, was zu thun ist.

„Katholisch ist Trumpf“ — mit diesem prachtvollen Kartengleichnis hat man in Zentrumskreisen die Lage und — sich selbst gemalt. Wir wollen uns hier aber nicht damit aufhalten, zu erörtern, welcher hohen Begriff von dem Beruf einer Partei dieser dem Stat oder Whist oder einem sonstigen Zeitvertreib entlehnte Ausdruck verrät; kurz, die Stimmen des Zentrums werden von der Regierung als die kostbarsten geschätzt. Wie ist das Zentrum zu dieser Schätzung gelangt? Durch seine Zahl allein nicht, denn sonst hätte sich ja die Kartelmehrheit einer noch viel größern Schätzung bei der Regierung erfreuen müssen, was bekanntlich nicht der Fall war; vielmehr trug gerade im Verkehr mit diesem Reichstag die Regierung eine gewisse Verächtlichkeit zur Schau, und auch während seiner Tagung ist nichts geschehen, was dem Papst oder der katholischen Geistlichkeit hätte unangenehm sein können. Nein, zu Einfluß gelangt ist das Zentrum lediglich durch seine Taktik, durch ein Verhalten, wie es für eine parlamentarische Vertretung das einzig richtige ist: nichts zu gewähren ohne Gegendienst. Die Festigkeit dieses Entschlusses ist das furchtbar einfache Geheimnis der Windthorst'schen Erfolge. Diese Haltung erweckte gleichzeitig das Vertrauen der Wähler und die Achtung der Regierung; der nationalliberalen Partei ist bei ihrer Methode beides so ziemlich verloren gegangen. Man hat die Politik des Zentrums Schacherpolitik genannt, aber dieser Name trifft nur den Mißbrauch, nicht die politische Methode selbst. Wenn zu Gunsten der Geistlichkeit das Volkswohl geopfert wird, um die Wünsche einiger Beamten zu befriedigen, so ist das freilich zu tadeln; aber die Erfüllung an sich nicht verwerflicher Forderungen der Regierung — durch die jedoch die Steuerlast vermehrt wird — abhängig machen von der Erfüllung irgend welcher Volkswünsche, das ist eben die Art von Staatskunst, die das parlamentarische Leben bei uns verlangt. Die Partei, die solche Staatskunst nicht übt, verfault.

Die andre der Parteien, deren Nein zu seinem Gesetzesentwurf Graf Caprivi mit so viel Ehrerbietung entgegennahm, ist die Fortschrittspartei. Auch von ihr ist zu lernen. Was sie an Beliebtheit im Volke besitzt, verdankt sie fast ausschließlich ihrem Führer. Eugen Richter ist ein geschickter Redner, aber das allein macht seinen Einfluß nicht aus, viel schwerer wiegt etwas andres: kein Minister oder Staatssekretär oder gar Bundesratskommissar kann sich rühmen, durch das Krümelchen Staatsgewalt, das er vorstellt, dem Abgeordneten für Hagen imponirt zu haben, und das gefällt dem Volke! Der Wähler, der unter den Auswüchsen des Polizeistaates leidet, will für das Geld, das ihn der Reichstag kostet, wenigstens das Vergnügen haben, daß die Beamten, vor denen er zu Hause zittert, dort bisweilen moralisch ein wenig gezaust

werden. Dafür wird Nichtern der Beifall der Volksversammlungen, nicht für das Programm seiner Partei.

Die dritte Partei auf der Sonnenseite des Hauses sind die Sozialdemokraten. Auch sie sind zu ihrer jetzigen Stellung nicht durch Sasagen gelangt, sondern durch Meinsagen. Sie sagen auch jetzt noch nein, wenigstens bei allen Vorlagen, die vom Reichskanzler für unerläßlich zum Heil des Vaterlandes erklärt werden, und doch, Welch reizende Vertraulichkeit zwischen ihnen und der Regierung! Ihnen zu gefallen wütet man in Berlin gegen die Unabhängigen und die Anarchisten mit Verhaftungen und Prozessen, wie zur Blütezeit des Sozialistengesetzes, und zum Dank dafür erklärt Liebknecht — in Brüssel — den Grafen Caprivi für einen Ehrenmann. Was man sonst von Preßprozessen gegen Angehörige der Fraktion liest, ist nur Schein. Die Abgeordneten Schippel und Kunert hat man allerdings, zur Strafe für frühere Regungen von Selbständigkeit, in die rauhen Hände der Justiz fallen lassen; im übrigen aber geschieht den Führern und ihren Freunden nicht das geringste. Wenn doch einmal gegen ein sozialdemokratisches Blatt eine Klage erhoben werden soll, damit sich die nationalen Parteien nicht die hier ungestraft bleibenden Angriffe gegen die bestehende „Ordnung“ zum Muster nehmen, so wartet man hübsch, bis der Fraktionsredakteur auf Urlaub geht, und schlachtet dann den uneinge-weiheten Grünen ab, der seine Stelle zu vertreten das Unglück hatte.

Was von den Sozialdemokraten zu lernen ist, das ist vor allem der Verkehr mit den Wählern: Abhalten von Volksversammlungen, Vereine mit regelmäßigen Sitzungen, Rechenschaftsberichte der Gewählten u. s. w. Hier ist eine gewisse Trägheit zu besiegen, die den Führern der nationalliberalen Partei noch aus der Zeit des Nationalvereins anhaftet. Damals, wo der Gedanke der deutschen Einheit in engen Kreisen, gleichsam in Logen, gepflegt wurde, war natürlich an eine Beteiligung großer Volksmassen nicht zu denken. Diese Zeiten sind aber vorüber. Ein Vornehmthun in dieser Hinsicht ist um so weniger angebracht, als man ja bei Hofe auch manchmal rauh angeweht wird; etwaige unsanfte Redensarten in der Volksversammlung lassen sich da schon eher ertragen, sie dienen wenigstens einem Zwecke, und man kann sich hier verteidigen. Man muß eben dem Volke entgegenkommen, wenn es gilt, Fehler wieder gut zu machen, zumal in der jetzigen Zeit, wo es der Wähler schon als Zumutung empfindet, daß er gleich auf fünf Jahre einen Vormund nach Berlin schicken soll. Wie soll er da Lust haben, für eine Partei zu stimmen, von der er weiß, daß sie sich in der Zwischenzeit von einer Wahl zur andern überhaupt nicht um ihn bekümmert. Denn das ist — leider! — in der nationalliberalen Partei der herrschende (wir sagen nicht: ausschließliche) Brauch: von einer Wahl zur andern tiefe Stille, nur bisweilen unterbrochen durch einen unter peinlichem Ausschluß der Öffentlichkeit zusammentretenden Parteitag, und dann eine Woche vor dem Wahltag plötzlich eine Springflut von Druckfachen, Bilderchen, fettgedruckten Zeitungsanzeigen und geradezu amerikanischen Plakaten — wo in aller Welt wirbt man so um Vertrauen?

Wahrlich, es ist ein Jammer, eine so gute Sache so schlecht vertreten zu sehen!

